

Rede über die Schulfrage in Manitoba von L. Crk.

Gehalten auf dem 2. d. nisch-canad.ischen Katholikentage

Fortsetzung.

Zu bemerken wäre hier noch, der Wichtigkeit auf die spätere Entwicklung der Schulfrage wegen, daß der Manitoba Act, ähnlich wie der B. N. A. Act, folgende Klausel enthält:

„Das Recht, gegen irgend einen Act oder eine Entscheidung der Legislatur der Provinz oder irgend einer Provinzial-Autorität, welche irgendwelche Rechte oder Privilegien der protestantischen oder römisch-katholischen Untertanen Ihrer Majestät in Bezug auf Erziehung in Frage stellt, an den General-Gouverneur „in Council“ Berufung einzulegen, wird hierdurch gewährleistet.“

Am 15. Juli 1870 wurde der Anschluß Manitobas an Canada endgültig vollzogen. Alle Welt war gespannt darauf zu erfahren, wie die Bedingungen des Manitoba Aktes, dieser Grundlage unserer bürgerlichen, politischen und religiösen Freiheiten, ins praktische übertragen werden würden.

Der erste Lieutenant-Gouverneur, Herr Archibald, ging mit umsichtiger Eifer daran, die Verwaltung der Provinz zu organisieren. Eine Kammer, bestehend aus 12 Katholiken und 12 Protestanten wurde erwählt. Dieselben wählten unter sich ein Komitee, welches dem Hause eine Schulgesetzbill unterbreitete. Dasselbe erhielt am 3. Mai 1871 die Zustimmung des Lieutenant-Gouverneurs, und damit gesetzliche Kraft.

Einsiehend, daß im Lande sowohl katholische wie protestantische Separatschulen „dem Gebrauche nach“ von jeher bestanden hatten und daß der Manitoba Akt es ihnen nahelegte, diesem Gebrauche gebührende Achtung zu schenken, hielten die Mitglieder dieses Komitees sowohl wie die des gesamten Hauses es für ihre Pflicht, diesem Gebrauche Gesetzeskraft zu geben. Das neue Schulgesetz war daher sowohl für Katholiken wie Protestanten zufriedenstellend. Die auferlegten Schulsteuern wurden von den Mitgliedern beider Confessionen gerne und willig getragen, wußten sie doch daß sie der Erziehung ihrer Kinder in ihrer eigenen Religion verwandt würden. Vollkommene Harmonie herrschte insolgedessen in dieser wichtigen Frage unter allen Klassen der Bevölkerung.

Eine „Abteilung für Erziehung“ (Board of Education) wurde gegründet, welche wiederum in zwei Sectionen zerfiel; deren eine sich allein mit der Verwaltung der protestantischen Schulen beschäftigte, während die andere sich mit der Leitung der katholischen Schulen befaßte. Wie ich schon andeutete, wurden die von Ka-

tholiken erhobenen Schulsteuern ausschließlich zum Unterhalte der katholischen, die von Protestanten erhobenen ausschließlich zur Unterstüßung der protestantischen Schulen verwandt; ebenso erhielt jede Section den ihr zukommenden Anteil der noch in der Verwaltung der Dominion Regierung sich befindlichen Schulländereien.

Dieses gerechte und weise Gesetz blieb bis zum Jahre 1890 in Kraft. Solange die konservative North-West Regierung am Ruder war, wurde es nicht angetastet, aber es sollte bald anders kommen.

Im Jahre 1887 war eine Eisenbahnvorlage, welche die Manitoba-Legislatur angenommen hatte, von der Dominion Regierung verworfen worden. Diese Tatsache erregte in der Provinz große Unzufriedenheit, und ihr erstes Opfer wurde Premier North-West, obwohl dieser eifrig für die Vorlage eingetreten war. Er resignierte deshalb, und sein Freund und Kolleg Dr. Harrison bildete ein neues Kabinett. Die Lage der konservativen Regierung war jedoch inzwischen sehr heikel geworden und die liberale Opposition hatte bereits die frohe Hoffnung in Kürze die Zügel der Regierung ergreifen zu können. Ein großes Hindernis stand jedoch der Erfüllung ihrer Wünsche im Wege. Die Führer der liberalen Partei standen in dem Rufe, den katholischen Schulen und dem offiziellen Gebrauche der französischen Sprache feindlich gegenüber zu stehen, und ihre Partei konnte nicht hoffen, ans Ruder zu kommen, bis die Befürchtungen der katholischen Bevölkerung in dieser Hinsicht zerstreut und sie in Sicherheit gewiegt worden war. Wie das geschah, werden wir sehen.

Wie schon erwähnt, löbete Dr. Harrison nach North-West's Rücktritt ein neues Kabinett. Zum Provinzial-Sekretär erwählte er Herrn Lurle, einen katholischen Französisch-Canadier mit einem irischen Namen. Wie üblich, mußte sich letzterer in seinen Wahlkreise St. Francis - Xavier zur Wiederwahl stellen. Gewöhnlich stellt die Opposition in solchen Fällen keinen Gegenkandidaten auf; in diesen Fällen hielt es jedoch die liberale Partei für angebracht, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diesen Wahlkreis zu erobern, da ein Erfolg ihrerseits unbedingt zur Resignation der konservativen Regierung führen mußte. Ein gewisser Herr Francis wurde deshalb von liberaler Seite ins Feld gestellt. Ohne die Unterstützung der katholischen Wähler war die Wahl des Letzteren in diesem Kreise natürlich ausgeschlossen. Herr Lurle, der konservative Kandidat, warnte die katholischen Wähler vor den Folgen, die die Wahl seines Gegners haben würde. „Wollt ihr“, so sagte er, „eine Partei ans Ruder bringen,

die euch bei der ersten Gelegenheit eurer Schulen und eurer Sprache rauben wird?“ Diese Warnung verfehlte ihren Einfluß auf die Wähler nicht. Die Wirkungen derselben mußten deshalb, um den Erfolg der Liberalen nicht ganz unmöglich zu machen, unbedingt abgeschwächt werden.

Joseph Martin, einer der hervorragendsten Führer der liberalen Partei wurde deshalb zu Unterstützung des Herrn Francis in den Wahlkreis berufen. Herr Martin legnete entschieden daß die liberale Partei die Absicht hege, die Rechte und Privilegien der Katholiken in Bezug auf Schulen und Sprache in irgend welcher Weise anzutasten. Er forderte die Wähler auf, für den liberalen Kandidaten zu stimmen und gab ihnen im Namen der liberalen Partei das feste und feierliche Versprechen, daß ihre Rechte dieser Partei stets heilig sein würden.

Der Ausfall der Wahl zu Gunsten des liberalen Kandidaten brachte die konservative Regierung zu Fall. Am 14. Januar 1888 resignierte der Führer der liberalen Opposition Harrison und Thomas Greenway wurde vom A. Governor ersucht, ein Kabinett zu bilden. Um seine politische Stellung zu festigen, hauptsächlich auch um das bei vielen Katholiken gegen seine Partei bestehende Mißtrauen zu beseitigen, hielt es Herr Greenway für angebracht, einen katholischen Französisch-Canadier in dasselbe aufzunehmen. Zu diesem Zwecke begab er sich nach St. Boniface, um die Ansichten des Erzbischofs Lache in dieser Hinsicht zu befragen. Der letztere war gerade krank, und Herr Greenway wurde vom General-Bischof Herrn B. Allard, O. M. J., empfangen. Letzterer teilte Herrn Greenway mit, daß er nicht glaube, daß der Erzbischof den Eintritt eines Katholiken in das neue Kabinett befürworten würde, ohne bestimmte Versicherungen in Bezug auf folgende Punkte erhalten zu haben:

1. Katholische Separatschulen.
2. Offiziellen Gebrauch der französischen Sprache.
3. Französische Electoral-Divisionen.

Herr Greenway versicherte ausdrücklich, daß seine Regierung nicht die Absicht habe, diese Privilegien in irgendwelcher Weise anzugreifen. Herr Allard teilte ihm mit, daß er dem Erzbischof die Vorschläge des Herrn Greenway unterbreitete und ihm am folgenden Tage die Entscheidung desselben zukommen lassen werde. Herr Greenway war bei diesem Besuche begleitet von Herrn Allard, und im Bureau und im Beisein des Letzteren fand am folgenden Tage die zweite Unterredung zwischen den Herren Allard und Greenway statt. Der letztere wiederholte seine Versicherungen und Herr Allard teilte ihm darauf mit, daß unter diesen Verhältnissen der Erzbischof

gerne seine Zustimmung zur Aufnahme eines Französisch-Canadiers in das Greenway Kabinett geben würde. Herr Greenway sagte darauf, daß er dem Erzbischof für sein Entgegenkommen sehr dankbar sei, und im besten Einvernehmen schieden die Herrn von einander. Herr Allard, einer der hervorragendsten Finanzmänner in Winnipeg, war bei beiden Unterredungen zugegen, und er sowohl wie Herr Allard machten später die eidliche Aussage, daß das eben Gesagte in jeder Beziehung der Wahrheit gemäß sei. Herr Greenway hatte später die Unversehrtheit, alles abzuleugnen. Die Entscheidung, wer die Wahrheit sprach, dürfte jedoch nicht schwer fallen. Auf der einen Seite haben wir die beschworenen Aussagen der Herren Allard und Allard, zwei der geachteten Männer des Landes, auf der anderen Seite die unbeschworenen Aussagen eines politischen Abenteurers.

Die beiden bedeutendsten Führer der liberalen Partei hatten sich also durch wiederholte Versicherungen zur Aufrechterhaltung der katholischen Separatschulen verpflichtet, denn Herr Joseph Martin war inzwischen von Herrn Greenway zum Attorney-General ernannt worden. Welche hohen Begriffe diese beiden Herren von der Heiligkeit gegebener Versicherungen hatten, sollte die nächste Zukunft lehren.

Fortsetzung folgt.

Letzte Worte berühmter Persönlichkeiten.

„Ich ahne, es werden nach meinem Tode blutige Kämpfe erfolgen. Bestimmt den Würdigen zum Nachfolger!“

Alexander der Große.

„Vater! In deine Hände befehl' ich meinen Geist!“

Karl der Große.

„Vergib, Allmächtiger, was ich gesündigt! Ich habe viel gesüht, doch Treue Dir bewahrt im Herz und Glauben!“

Ludwig der Bayer.

„Jesus Christus, Herr aller Kreaturen, König der Ehren! Wenn dieser Kelch nicht an mir vorübergehen soll, so befehle ich meinen Geist in Deine Hände! O Mutter, welche Leiden bereite ich dir!“

Konradin I., der letzte Hohenstaufe.

„Ein König muß stehend sterben!“

Kaiser Rudolf.

„Herr! In Deine Hände befehl' ich meinen Geist!“

Johanna, Königin von England.

„In Deine Hände befehle ich meinen Geist!“

Maria Stuart.

„Mein Gott, ich bin verwundet!“

Heinrich IV., König von Frankreich.

„Ich weiß es, ich gehe von einer vergänglichem Krone zu einer unvergänglichen über, dorthin, wo kein Kummer wohnt!“

Karl I. von England.

„Du mein schönes Land: meine lieben Untertanen, ihr lieget mir am Herzen!“